

Rolf Fahrenholz  
Bürgerinitiative „Landkreis Cloppenburg unter Spannung e.V.“

Konzept zur Rede anlässlich des Verhandlungstages „Altes Gogericht am Desum am 24. Juni 2017“  
Es gilt das gesprochene Wort.

Edler Gograf, hohes Gericht,

bedanken möchte ich mich für die Erlaubnis, in einer für die Zukunft der Region überaus bedeutenden Angelegenheit vortragen zu dürfen und um eine weise Entscheidung zu bitten.

Als Vorsitzender der "Bürgerinitiative Landkreis Cloppenburg unter Spannung" klage ich nachfolgend die für unsere Region derzeit vorgesehene Umsetzung der Stromnetzausbauplanung an.

Der für den Bau der Stromtrasse von Conneforde über Cloppenburg nach Merzen zuständige Netzbetreiber hat sich für eine neu zu errichtende Höchstspannungsleitung für eine von vier vorgeschlagenen Varianten entschieden. Dieser Korridor ist der kürzeste, führt jedoch, mehr als andere Varianten, unmittelbar entlang von Städten, Gemeinden und Ansiedlungen im Außenbereich.

Seit die Entscheidung bekannt ist, ist eine ganze Region ihrer Zukunft wegen in großer Sorge. Niemand will in unmittelbarer Nähe von über 60 m hohen Monstermasten und Leitungen, durch die 380.000 V fließen, leben und wohnen. Alle wissen, dass es damit zu ganz massiven Änderungen der Lebensumstände kommen wird. Niemand kennt aber wirklich die mit dem Bau der Stromtrassen tatsächlich verbundenen Folgen.

Die Bürgerinitiative „Landkreis Cloppenburg unter Spannung“ ist angetreten, für die in unserer Region lebenden Menschen und für Fauna und Flora zu streiten und zu kämpfen, um das Schlimmste zu verhindern. Wir wissen natürlich, dass im Rahmen der Energiewende der Bedarf für neue Leitungen besteht und dass sie „in die Zukunft blickend“ auch notwendig sind. Wir wollen deshalb nicht den Bau der Stromleitungen verhindern, sondern die Auswirkungen der zukünftig durch unsere Region führenden Leitungen auf ein erträgliches Maß reduzieren.

Gestatten Sie mir, etwas auszuholen, um Ihnen den Sachverhalt näher zu erläutern.

Die Ursprünge der deutschen Energiewende liegen in der Umwelt- und Anti-Atomkraft-Bewegung der 70er Jahre. Jahrelang lediglich als nicht zu realisierende Visionen abgetan, zeichnete sich dann auch in der Politik ein Wandel ab. Mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag im Jahr 1983 forderte erstmal eine Partei den sofortigen Atomausstieg. Nach der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl schloss sich die SPD, die zuvor pro Kernenergie eingestellt war, wie auch die Gewerkschaften der Forderung nach einem Atomausstieg an.

Eine deutliche beschleunigte Dynamik erfuhr die deutsche Energiewende während der rot-grünen Bundesregierung 1998 bis 2005. Unter anderem wurde der Atomausstieg gesetzlich festgelegt. Damit einher ging eine starke Veränderung des Strommixes. Der Anteil erneuerbarer Energien stieg, während die Stromerzeugung in Kernkraftwerken und die Kohlestromerzeugung zurückging.

Durch die später beschlossene Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke wurde die Umsetzung der Energiewende zunächst einmal in die Zukunft verschoben.

Mit der Nuklearkatastrophe von Fukushima wurde dies jedoch revidiert. 2011 beschloss der Bundestag ein Gesetz, das die Beendigung der Kernenergienutzung regelt. Acht Kernkraftwerke wurden sofort

stillgelegt, die Laufzeit der übrigen neun wurde zeitlich gestaffelt. Die Abschaltung der letzten Kernkraftwerke ist für 2022 vorgesehen. Damit kehrte Deutschland zum Status quo zurück, der im Jahr 2000 vereinbart worden war, jedoch musste nun die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen stark beschleunigt werden.

Eine Säule des Konzepts ist der Ausbau der erneuerbaren Energien als Alternative zur Kernkraft. Der Energieanteil an der Stromerzeugung aus Sonne, Wind & Co. soll zum Jahr 2035 auf 55 bis 60 Prozent ausgebaut werden.

Künftig wird ein Großteil des Stroms durch Windkraft im Norden erzeugt und muss von dort nach Süddeutschland gelangen. Der Ausbau der großen überregionalen Übertragungsnetze und der Verteilnetze ist deshalb ein wichtiges Anliegen.

Noch sind die deutschen Stromnetze nicht flächendeckend auf den Transport der erneuerbaren Energien ausgelegt. Mit dem neuen Netzausbaubeschleunigungsgesetz sollen die Planungsverfahren für Höchstspannungsleitungen jedoch deutlich verkürzt werden. Um die Akzeptanz für die großen Stromtrassen zu erhöhen hat die Bundesregierung 2015 darüber hinaus den Vorrang von Erdkabeln für die Übertragungsnetze beschlossen.

Ziel der Energiewende ist es, das Zeitalter der erneuerbaren Energien so schnell wie möglich zu erreichen und gleichzeitig den Preis für Strom bezahlbar zu halten.

Auf der Internetseite der Bundesregierung liest man folgende Aussage dazu: „Die Energiewende wird die deutsche Energieversorgung komplett umgestalten, zum Wohle aller: Deutschland soll eine der umweltschonendsten und energiesparsamsten Volkswirtschaften werden – bei wettbewerbsfähigen Energiepreisen und hohem Wohlstandsniveau.“

Soweit, so gut. An diesem Anspruch muss sich die Bundesregierung messen lassen. Wie sieht es derzeit nun mit der Umsetzung dieser Ziele für unsere Region aus:

Die Windkraft ist eine wichtige Säule der Energiewende. Nirgendwo wird mehr Windenergie produziert als in Niedersachsen. Auch in der Region Cloppenburg ist die Erzeugungsleistung aus Onshore-Windkraft und anderen erneuerbaren Energiequellen in den letzten Jahren stark angestiegen. Ein weiterer Zubau ist in Planung. Verbraucht wird diese Energie jedoch nicht hier, die Region ist gut versorgt. Um die Energie zu den Verbrauchern in den Süden zu bringen, wird daher eine neue Stromleitung von Conneforde über Cloppenburg in den Raum Merzen geplant.

Zudem sollen Nordsee Offshore-Windparks an diese Leitung angeschlossen werden. Dazu sollen im Raum Cloppenburg zwei neue Umspannwerke mit Konverterstationen gebaut werden. Konverterstationen wandeln Strom, der von Windparks auf hoher See produziert und über Gleichstromerkabel an Land transportiert wird, in Drehstrom um, damit er hier in die Leitung eingespeist werden kann. Diese Umspannwerke benötigen eine Fläche von jeweils ca. 25 ha.

Für den Neubau der Leitung sind vier verschiedene Trassenvarianten entwickelt worden. Alle Trassenvarianten sind als Freileitungen geplant. Durch einen Beschluss des Bundestags von Dezember 2015 wurde das Vorhaben als Pilotprojekt für Teilerdverkabelung im Wechselstrombereich im Energieleitungsausbaugesetz aufgenommen. Dadurch ist eine Erdverkabelung auf kurzen Abschnitten möglich, sofern dies wirtschaftlich und technisch effizient ist. Die Erdverkabelung kommt jedoch nur in Betracht, wenn der Mindestabstand von 200 m zu Wohnhäusern im Außenbereich und von 400 m zu Siedlungen nicht eingehalten werden kann.

Der mit Planung und Durchführung beauftragte Netzbetreiber hat nun die Antragsunterlagen für die Höchstspannungsleitung vorgelegt und das zuständige Amt für regionale Landesentwicklung hat das Raumordnungsverfahren eröffnet. Vorgeschlagen wird die Trassenvariante, bei der es sich um den

streckenmäßig kürzesten und damit preisgünstigsten Korridor handelt. Jedoch führt dieser Korridor entlang von Städten, Gemeinden und Ansiedlungen im Außenbereich und beeinträchtigt damit die von allen Varianten weitaus größte Zahl von betroffenen Anwohnern. Eine einzelne Teilerdverkabelung ist lediglich in einem Bereich eingeplant, indem es aufgrund der Querung des Küstenkanals und massiver Unterschreitung der Mindestabstände absolut unvermeidlich ist. Im gesamten übrigen Verlauf wird die Leitung nur mit Mindestabstand an der dichten Besiedelung vorbeigeführt, oftmals wird der Mindestabstand sogar unterschritten. Eine Erdverkabelung ist jedoch nicht geplant!

Offensichtlich wurde der Faktor Mensch bei den Auswahlkriterien zur Festlegung der Vorzugsvariante nicht berücksichtigt. Die für uns wichtigen Kriterien wie Anzahl der betroffenen Anwohner und der damit für diese verbundene Einschränkung der Wohn- und Lebensqualität, Gesundheitsrisiken oder Wertverlust des Eigentumes wurden augenscheinlich nicht betrachtet. Aufgrund der Auflistung der jeweiligen Vor- und Nachteile der einzelnen Korridore kann man davon ausgehen, dass allein wirtschaftliche und technische Gründe die ausschlaggebenden Faktoren waren. Das ist für uns nicht hinnehmbar, es darf nicht sein, dass der Mensch gegenüber wirtschaftlichen Interessen in den Hintergrund tritt!

Obwohl die überwiegende Mehrzahl der Bürger die Energiewende begrüßt, so gibt es doch starke und berechtigte Zweifel an der Art und Weise, mit der in unserer Region der Netzausbau vorangetrieben wird. Denn es gibt sehr wohl Alternativen zur bestehenden Planung.

Ein neues Gutachten, erstellt von unabhängigen renommierten Wissenschaftlern, im Auftrag der Gemeinde Cappel, zeigt auf, dass die bisherigen Planungen zum Anschluss der Offshore-Windparks und der damit verbundene massive Ausbau des Wechselstromnetzes in unserer Region nicht mehr aktuell sind und der vom Gesetzgeber eingeschlagene Weg beim Netzausbau in Frage zu stellen ist. Die Wissenschaftler schlagen Gleichstromerdverkabelung sowohl für den Offshore-, als auch den hier erzeugten Onshore-Strom vor, damit könnte auf die Freileitung verzichtet werden und auch der Flächenverbrauch für ein riesiges Umspannwerk würde entfallen.

Erst die beabsichtigte Anbindung der Offshore Energie in der Region Cloppenburg macht hier den massiven Ausbau des Wechselstromnetzes erforderlich. Eine Weiterführung dieser von See kommenden Gleichstromerdleitungen bis in die Ballungszentren zu den Verbrauchern, ohne teure Umwandlung und Einspeisung in das bei uns befindliche Wechselstromnetz, würde dieses Projekt obsolet machen.

Selbst die Netzbetreiber sehen gemäß Netzentwicklungsplan 2030 ohnehin spätestens im Jahr 2035 ein Ende der Ausbaufähigkeit unseres Wechselstromnetzes erreicht. Ab diesem Zeitpunkt muss der nach jetzigen Planungen erzeugte Strom durch zusätzliche Gleichstromerdleitungen in den Süden transportiert werden. Schon jetzt gibt es sowohl im Bereich Meppen, als auch im Raum Weser-Ems Planungen zum Parallelbau von Gleichstromerdverkabelung neben den sich in Planung befindlichen 380 kV Wechselstromfreileitungen.

Warum wird dieser Weg erst in einigen Jahren eingeschlagen? Warum sollen Milliarden in den ohnehin schon bald überholten Ausbau des Wechselstromnetzes gesteckt werden?

Auch die Onshore in der Region erzeugte Energie könnte gemäß Gutachten als Gleichstromerdverkabelung bis zu den Verbrauchern geführt werden und damit das Netz in unserer Region weiter entlasten. Diese Leitungen sind im Gegensatz zu den Wechselstrom-Erdkabeln erprobt, haben kaum Leitungsverluste, haben weniger schädlichen Einfluss auf den Boden und die Landwirtschaft und sind auf Dauer die mit Abstand günstigste Alternative.

Die bisherigen Planungen sind aufgrund aktueller Erkenntnisse daher überholt und haben auf Dauer keine Zukunft.

Werden die Projekte wie im Bundesbedarfsplan festgelegt, durchgeführt, investieren wir bis ins Jahr 2030 Milliarden von Steuergeldern in den Ausbau des Drehstromnetzes, um den Strom nach Süddeutschland zu transportieren. Alles nur, weil alternative Techniken bisher als zu kostspielig und zu aufwändig bezeichnet wurden. Nun stellen wir fest, dass dieser Ausbau im Jahr 2035 an seine Grenzen stößt und man spätestens dann den Strom über neue Gleichstromerleitungen direkt in den Süden bringen muss.

Um das noch einmal klar zu verdeutlichen: Wir investieren Milliarden von Euro in den Netzausbau und schaffen neue Freileitungstrassen, die in der Regel achtzig Jahre die Region zerschneiden und das Wohnumfeld und unter Umständen sogar die Gesundheit von tausenden Menschen bedrohen. Spätestens zehn Jahre nach Fertigstellung müssen wir erneut Unsummen, dann aber hauptsächlich in unterirdische Gleichstromleitungen investieren, weil die bisherigen Planungen an ihre Grenzen stoßen.

Es muss ein sofortiges Umdenken der Politik erfolgen, wie es in dem Gutachten ausführlich erläutert wird. Eine Anbindung des auf der Nordsee erzeugten Stromes bei uns ist falsch. Dieser Strom gehört schon jetzt mit Gleichstromerleitungen in den Süden zu den Verbrauchern und nicht erst ab 2035.

Auch der bei uns erzeugte und nicht benötigte Strom gehört mit Gleichstromerdkabelung in den Süden abgeführt.

Nun ist ein massiver und gemeinsamer Druck aller betroffenen Landkreise, Gemeinden und Landespolitiker auf Berlin nötig, um Bewegung in die Sache zu bringen. Nun muss die gesamte Region gemeinsam die Stimme erheben und ein Umdenken erzwingen, schließlich geht es um unsere gemeinsame Zukunft.

Wir leisten gerne unseren Beitrag zur Energiewende, aber nicht um jeden Preis!

Wir erkennen den Bedarf neuer Stromleitungen zum Abtransport der Energie in den Süden an.

Wir akzeptieren jedoch nicht, dass aus Kostengründen an übereilten und bereits überholten Planungen festgehalten wird!

Wir fordern eine dem technischen Fortschritt angepasste, zukunftsorientierte Umsetzung des Netzausbaubedarfes in Form von Gleichstromerdkabelung. Im Übrigen hat die Bundesregierung, wie eingangs erwähnt, bereits 2015 den Vorrang von Erdkabeln für die Übertragungsnetze beschlossen.

Warum gilt dies nicht für unsere Region?

Gleichstromerdkabel sind eine akzeptable und nachhaltige Lösung für Fauna und Flora, insbesondere aber für unsere nachkommenden Generationen.

Es ist fünf vor zwölf, aber noch nicht zu spät!

Edler Gograf, hohes Gericht, damit beende ich die Ausführungen zu meinem Anliegen und bitte um ein weises Urteil.